Dresdner SPD-Kriegshetzer als Pazifisten

Was behandelte gestern der Spitzenartikel der Dresdner Volkszeitung, **als an dem Tage, an dem die Notverordnung Brünings in Kraft trat?** Etwa die Notverordnung? **Keineswegs!** Etwa die Diktatur Brüning? **Keineswegs!** Im Gegenteil. **Gerade im Interesse der Notverordnung und im Interesse Brünings** bringt der Spitzenartikel — eine demagogische und perfide Hetze gegen die Bekämpfer der Notverordnung, **gegen die KPD!** „Die militaristische KPD" tischt die Volkszeitung ihren Lesern auf und ein Brief Scheringers muß zur Demagogie herhalten. Scheringer hat da einem General und einem Oberleutnant, die durch einen Krieg des **kapitalistischen** Deutschlands die Befreiung des deutschen Volkes erwarten, in einem mehr oder minder genau ausgedrückten Brief geantwortet, daß **nur ein revolutionäres Deutschland die Ketten von Versailles brechen kann.** Jeder versteht, daß das so gemeint ist, wie es die russischen Arbeiter machten: Die Arbeiter stürzen das Kapital, übernehmen die Macht, errichten ein Rätedeutschland, konstituieren sich damit als Nation und annullieren die **Raubverträge.** Wenn dann die kapitalistischen Mächte mit Gewalt die Raubverträge wieder herstellen wollen, Krieg führen, dann führt das revolutionäre Deutschland gemeinsam mit Räterußland und gestützt auf die Sympathie und Unterstützung der Arbeiter aller Länder zur Abwehr der kapitalistischen Länder auch einen revolutionären Befreiungskrieg.

Der Marxismus bekämpft nicht jeden Krieg, sondern **jeden kapitalistischen imperialistischen Krieg,** mit dem Programm der Niederlage der eigenen Bourgeoisie und der Umwandlung eines solchen Krieges in die Revolution. **Der Marxismus unterstützt dagegen nationalrevolutionäre Kriege der Kolonialländer gegen den Imperialismus** und **unterstützt die Verteidigung der Sowjetmacht gegen die imperialistischen Kriegsmacher.**

Das lehrt auch Lenin und **diese Praxis hat auch Lenin 1914 bis 1917 und seit 1917** durchgeführt.

Diese klare Linie, die die KPD als einzige marxistisch-leninistische, antiimperialistische Partei bezieht, verlacht nun die Volkszeitung plump zu vermischen. Warum wohl? Einmal, **um von der Notverordnung und von dem Sparkiadeverbot durch SPD-Severing abzulenken.** Zweitens, um vergessen zu machen, daß die SPD die Panzerkreuzer bewilligt hat. Dummdreist schreibt die Volkszeitung: „Die SPD hat den Panzerkreuzer A und B abgelehnt" (!!) und fragt ebenso dummdreist, warum denn nicht Scheringer für die Panzerkreuzer sei, da doch Panzerkreuzer für einen revolutionären Verteidigungskrieg notwendig seien! Herr Gröhle mag sich dumm stellen oder dumm sein, der jüngste rote Pionier wird ihm erzählen, daß die Kommunisten und alle klassenbewußten Arbeiter die Panzerkreuzer des kapitalistischen Deutschland bekämpfen wie sie die Bewaffnung der kapitalistischen Polizei bekämpfen.

Die Volkszeitung verfolgt mit ihrer idiotischen Demagogie noch einen Zweck: Jetzt vor dem 1. August 1931 von der Erinnerung an den 1. August 1914, Anfang des Weltkrieges, abzulenken. Abzulenken von der Politik der SPD für den deutschen Imperialismus. Das will nicht gelingen. Unauslöschlich ist der Sozialdemokratie das Kainszeichen der reaktionären Unterstützung des imperialistischen Krieges eingebrannt. Unauslöschlich bleiben z. B. jener im Auftrag der SPD von Scheidemann mitunterzeichnete Antrag in [illegible] vom 6. April 1916, in dem es wörtlich heißt:

„Nachdem sich das U-Boot als eine wirksame Waffe gegen die englische . . . Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist . . . von allen militärischen Machtmitteln . . . Gebrauch zu machen."

Und wie sagte erst vor wenigen Wochen SPD-Schöpflin bei der Panzerkreuzer-Debatte: „Lieber zehnmal mit Gröner . . .!"

Der herannahende 1. August mahnt alle SPD-Arbeiter und -Anhänger, **mit der SPD, der Panzerkreuzer-Partei,** mit der Partei der **Unterstützung des deutschen Imperialismus** und der **Kriegshetze** gegen Sowjetrußland, **Schluß zu machen!**

Eine Erklärung des Zentralkomitees der KPD

Vom Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands geht uns folgende parteioffizielle Erklärung zu:

Die gestrigen Zusammenstöße im Berliner Osten werden von allen reaktionären Elementen zum durchsichtigen Vorwand benutzt, das Verbot der Spartakiade zu begründen und eine beispiellose Verleumdungskampagne gegen die Kommunistische Partei mit dem Ziel ihres Verbots durch die preußische sozialdemokratische Regierung zu entfesseln. Die bürgerliche Presse zitiert in diesem Zusammenhang angebliche Anweisungen der Zeitschrift „Oktober" die sich auf den bewaffneten Kampf gegen die Polizei bei Straßendemonstrationen beziehen sollen.

Dazu erklären wir, daß die Zeitschrift „Oktober" weder vom Zentralkomitee, noch irgendeinem anderen Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands herausgegeben, geleitet oder kontrolliert wird und in keiner Verbindung zur Kommunistischen Partei Deutschlands steht. Ebenso ist die gestrige Arbeiterdemonstration im Berliner Osten weder von der zuständigen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD, noch von irgendeinem anderen Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands veranstaltet worden. Wie der Nachrichtendienst der KPD festgestellt hat, benutzten eine Anzahl unbekannter und verdächtiger Gestalten die genannte Kundgebung, um provokatorische Zusammenstöße herbeizuführen. Es ist ganz klar, daß der Schuß auf den Polizeiobermachtmeister von **kommunistenfeindlicher Seite** abgegeben wurde, um der Reaktion und gewissen Persönlichkeiten im Berliner Polizeipräsidium den längst ersehnten Anlaß zum Verbot der Spartakiade zu liefern.

Das Zentralkomitee der KPD verfolgt mit größter Aufmerksamkeit die weiteren Pläne und Maßnahmen der Regierung. Es hat für alle Eventualitäten die notwendigen Vorkehrungen getroffen. **In der festen Gewißheit, daß die Mehrheit der proletarischen Bevölkerung Berlins und gewaltige Arbeitermassen in ganz Deutschland die Politik der KPD vollkommen billigen und unterstützen, wird die Kommunistische Partei ihren entschlossenen Kampf gegen Youngplan, Notverordnung und Massenelend mit verstärkter Kraft fortsetzen.**

Das erneute Verbot der Spartakiade vorher beschlossene Sache

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung vom Dienstagnachmittag brachte eine ihr bereits am Dienstag früh zugekommene Meldung, in der es heißt:

„Infolgedessen sollen, wie wir hören, von den zuständigen Stellen neue Schritte unternommen worden sein, um neue weitgehende Garantien für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Vermeidung aller politischen Agitation (!) zu verlangen. Es scheint sich hier um einen Schritt der Reichsregierung bei der preußischen Staatsregierung zu handeln, so wird man erwarten müssen, daß die kommunistischen Veranstaltungen doch noch verboten werden."

Dienstagmorgen erhielt also das Blatt diese Meldung. Der Zusammenstoß in Berlin erfolgte erst Dienstag spät abends. Daraus folgt eindeutig, daß das Verbot der Spartakiade bereits vor dem Zusammenstoß beschlossene Sache war und Severing nur nach einem Vorwand suchte.

Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten plaudern gleichfalls aus der Schule:

„Gerüchtweise verlautet, daß das Verbot der Spartakiade von Neudeck aus zustande gekommen ist."

In Neudeck hält sich Hindenburg auf!

Erste Sitzung der neuen Landwirtschaftskammer

In den Vorstand nur Großagrarier gewählt

Gestern fand die erste Sitzung der neugewählten Landwirtschaftskammer statt. Nach stundenlangem Kuhhandel brachten diese „Retter der Landwirtschaft" mit größter Mühe einen Vorstand zustande, setzten aber den einzigen sachlichen Beratungspunkt, die Durchführung des bauernfeindlichen Reichsmilchgesetzes aus Furcht vor der Oeffentlichkeit von der Tagesordnung ab. Nachdem Rittergutsbesitzer Vogelsang als Präsident wiedergewählt wurde, sind Rittergutspächter Körner (NSDAP) und Rittergutsbesitzer Oekonomierat Richter Lautitz, zum 1. und 2. Vizepräsidenten gewählt. Diese Herrschaften werden, wie sie bisher taten, selbstverständlich **nur ihre eigenen großagrarischen Interessen** vertreten und so die Klein- und Mittelbauern noch schneller dem Ruin entgegentreiben. **Die Bauernmassen in Sachsen können sich aus der durch den Kapitalismus herbeigeführten Katastrophe nur retten im engsten Kampfbündnis mit dem Proletariat.**

Gestern kam es infolge der Provokationen der Nazis zu neuen Zusammenstößen vor der Berliner Universität.

Auch in Hamburg und in München ereigneten sich Zwischenfälle in der Universität, die durch Nazi-Studenten hervorgerufen wurden.

Landarbeiterinnen im Streik

Gegen Lohn- und Deputatsraub, gegen den faschistischen Junkerterror gilt es, den Ernststreik auf der ganzen Linie gut zu organisieren und durchzuführen!

Halle, den 1. Juli

Auf dem Rittergut Franke in Artern stehen seit gestern mittag die polnischen Landarbeiterinnen im Streik. Die Ursache dazu sind brutale Mißhandlungen, die sich der Inspektor gegen einzelne Arbeiterinnen erlaubt hat. Außerdem hat der Inspektor den Landarbeiterinnen das Deputat, z. B. Butter, Brot und andere Lebensmittel, verweigert. Auf dem Rittergut Kreischau im Kreise Weißenfels ist der Junker dazu übergegangen, die Akkordlöhne der Frauen beim Rübenhacken so herabzusetzen, daß der Tarifsatz, nach welchem die Akkordlöhne die tariflichen Barlöhne um mindestens 30 Pfennig übersteigen müssen, nicht erreicht wird. Daraufhin hat der größte Teil der Frauen die Arbeit eingestellt. Es gilt den Kampf dieser Landarbeiterinnen, der deutschen und der polnischen, mit allen Kräften zu unterstützen.

Dieser Streik ist von größter Bedeutung, weil infolge der Nationalisierung der Landwirtschaft die Männerarbeit immer mehr durch Frauenarbeit ersetzt wird. Die Forderung des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit für Männer und Frauen ist einer der wichtigsten Forderungen dieses Ernststreiks. Der reformistische Landarbeiterverband kümmert sich überhaupt nicht um diese Zustände auf den Gütern. Allein die RGO verteidigt die Interessen des Landproletariats. Die Ernststreiks unter Führung der RGO werden die Junker zwingen, ihre frechen Angriffe zurückzunehmen.

Nur Kommunisten für Schulfortschritt!

Die gestrige Sitzung des sächsischen Landtages

Dresden, den 1. Juli 1931.

Die heutige Landtagssitzung stand im Zeichen des **kommunistischen Kampfes gegen die Schulreaktion.** Der Redner der kommunistischen Fraktion, Genosse Mätzig, brandmarkte die Klassenpolitik im sächsischen Erziehungswesen. Riesige Aufwendungen zur Heranbildung der Bourgeoisjugend — kein Geld für die Jugend des Proletariats und der werktätigen Mittelschichten. Demgegenüber zeigt der Genosse Mätzig auf, wie im Sowjetland nicht nur materiell **die Jugend in erster Linie bedacht** wird, sondern daß alle erdenklichen Aufwendungen **für die Erziehung der Arbeiter- und Bauernkinder gemacht** werden. **Die Erziehung in Sachsen, wie im kapitalistischen System überhaupt, ist exzreaktionär,** während allein unter dem sozialistischen Regime ein gewaltiger Aufstieg auch des Erziehungswesens möglich ist. Die Kommunistische Partei ruft von der Landtagstribüne aus: Eltern und Erzieher, zum außerparlamentarischen Kampf gegen das reaktionäre Erziehungswesen. **Sie lehnt den reaktionären Schuletat ab,** fordert **dessen ungeachtet in ihren Anträgen Verbesserungen,** um so jede Möglichkeit auszunutzen, auch gegenwärtig Erleichterungen **für die Kinder der Werktätigen,** ebenso wie **für die Pädagogen und besonders die Junglehrerschaft herbeizuführen.**

*

Zu Beginn der Sitzung verliest Kaiser (Wirtschaftspartei) eine Erklärung, daß seine Fraktion nur noch an den Abstimmungen und Beratungen teilnimmt, um jede Höherziehung der Wohlfahrtskapitel zu verhindern!

Der Christlich-Soziale Bley vertritt die Vorschläge des Haushaltausschusses A zu den höheren Lehranstalten, die mit 3 000 000 Mark abschließen. Claus, Staatspartei, vertritt die Vorschläge des Haushaltausschusses A zum Kapitel 71, Volks- und Berufsschule. Selbst dieser Staatsparteiler mußte in seinem Bericht zugeben, daß **ungeheuer schlecht der Gesundheitszustand der Volks- und Berufsschüler** ist. Der Deutschnationale Siegert begründet Anfragen, die sich gegen den Sächsischen Lehrerverein richten, der die Religion außer acht lasse und nicht vaterländisch genug sei. Töpel fordert in einem deutschnationalen Antrag Kontrolle der Schulvermögen zu dem Zweck, Neubauten von Schulen und Erweiterungen zu unterbinden.

Genosse Mätzig begründete eine Anfrage der kommunistischen Fraktion über **die Durchführung des Probejahres bei den Junglehrern.** Bereits im Februar wurde ein kommunistischer Antrag, der die Aufhebung dieses Probejahres der Junglehrer fordert, im Ausschuß beraten. **Er stellte fest, daß seit dieser Zeit der Antrag begraben ist,** zu dem Zweck, **diese wichtige Forderung der Junglehrer zu verschleppen.** Eine Anzahl von Schülern wurde im Winter wegen Schulversäumnis **bestraft,** weil sie **infolge Kleidungsmangel nicht in der Lage waren, in der großen Kälte die Schule zu besuchen.** Eine besondere Schande ist, daß die Geldstrafen in einem unerhörten Verhältnis umgewandelt werden: für eine Mark Geldstrafe ein Tag Haft!! So wird durch die Schulbehörden die Armut der Proletarier besonders bestraft. Ein besonderer Skandal sind die Schulverhältnisse in Zeithain, wo 681 Kinder so zusammengepfercht sind, daß Lehrmittelzimmer und Speiseraum der Kochküche, die durch ärztliche Gutachten als gesundheitsschädlich bezeichnet sind, zu Unterrichtszwecken Verwendung finden. Die kommunistische Fraktion beantragte sofortige Inangriffnahme eines Schulneubaues.

In der Diskussion wurde von den Sozialdemokraten und den anderen bürgerlichen Rednern in den Vordergrund ihrer Sparsamkeit an den Schulen gestellt; durch demagogische Redewendungen bemühten sie sich, ihre reaktionäre Grundeinstellung nach Möglichkeit zu verschleiern.

Für die kommunistische Fraktion erklärte der Genosse Mätzig: Der **Klassencharakter des Schulwesens** ist durch seine Einteilung gekennzeichnet: auf der einen Seite wird die Jugend der Bourgeoisie vorbereitet auf ihre beherrschende Rolle, während durch die Volksschule die Kinder der Arbeiter zu willigen Ausbeutungsobjekten erzogen werden. Ein beschränkter Nationalismus und religiöse Verdummung sind die Erziehungsmittel für die Jugend des Volkes. An Hand von zahlreichem Material werden die Feststellungen des kommunistischen Redners belegt. Die staatlichen Leistungen für die Volksschulen werden **um 3 Millionen gekürzt, für die unvermögenden Schulbezirke erfolgt ein Abstrich von 25 Prozent,** während für **die Kirche,** zu der keine verfassungsrechtliche Verpflichtung vorliegt, **1 Million Zuschüsse geleistet werden.** 7 Millionen Mark sind allein von den Gemeinden **für Schulneubauten** angefordert, **das zeigt die Schulraumnot. Nichts wird bewilligt,** während zu Hygieneausstellung Parade-Schulräume zeigt. Aber **für höhere Schulen** werden Mittel bewilligt, so z. B. allein 124 000 Mark **für Umbauten an einem Leipziger und dem Meißner Gymnasium.** Der Stellenwechsel, der immer mehr einreißt, bringt nicht nur große Schwierigkeiten **für die Lehrer,** sondern wirkt sich außerordentlich nachteilig auf **die Entwicklung der Kinder** aus. Wir fordern die Beseitigung dieses Zustandes, wodurch auch im wesentlichen die Junglehrernot beseitigt wird. Für die Berufsschulen forderte die kommunistische Fraktion, die jetzige Zeit auszunutzen **für den Ausbau,** damit bei der kommenden Belebung der Schülerzahl sowohl genügend Schulräume, als auch Berufsschullehrer vorhanden sind. Wir lehnen ab, die Berufsschulen unter die allgemeine Aufsicht der Schulbehörden zu stellen und fordern statt dessen die eigene Sonderaufsicht der Berufsschule. **Geradezu aufsehenerregend war die Gegenüberstellung der Ausgaben, umgerechnet auf den Kopf der Schüler:** während ein Berufsschüler **64 Mark pro Jahr, ein Volksschüler 1 Mark erfordert,** werden für **die höheren Schulen** über 500 Mark, **für die Studenten einer Bergakademie 5000 Mark** und an der **Forstakademie sogar 7000 Mark vom Staat bezahlt!** Nichts war anschaulicher, wie diese Ziffern den Klassencharakter des Schulwesens. Demgegenüber zeigt der Genosse Mätzig die außerordentlichen Leistungen der Sowjetmacht auf dem Gebiete des Erziehungswesens. Deswegen betonen wir immer wieder allen Arbeitern und allen Eltern gegenüber: Kämpft gegen die reaktionäre Schulpolitik, kämpft für ein sozialistisches Räteschuland; dadurch allein ist der Schulfortschritt möglich. (Beifall Bravo b. d. Komm.)

Die Abstimmung über die beratenen Kapitel erfolgen in der nächsten Sitzung, am 2. Juli, 11 Uhr.

Kürten heute früh hingerichtet

Auf Beschluß der Regierung Braun-Severing

Heute früh 6 Uhr ist Kürten, der in Sexuserregung Mordtaten beging, in Köln durch Fallbeil hingerichtet worden.

Gestern nachmittag wurde ihm die Entscheidung mitgeteilt, und Kürten durchlebte qualvolle Stunden furchtbarster Todesangst.

*

Die Mordtaten Kürtens entsprangen ohne Zweifel einer krankhaften Natur. Abgesehen davon ist die Arbeiterschaft in einem kapitalistischen Staat prinzipiell gegen die Todesstrafe. Heuchlerisch bezieht auch die SPD eine solche Stellung: jetzt ist **es die Preußenregierung SPD-Brauns und Severings, die die Hinrichtung Kürtens beschloß, nachdem sich die Entscheidung viele Wochen lang verschleppt hatte; eine grausame Quälerei Kürtens.** Die Entscheidung der Braun und Severing ist ein **reaktionäres Bekenntnis der SPD zur Todesstrafe im kapitalistischen Staat!**